

Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Liebe Leserinnen und Leser,

die sog. Sommerpause nähert sich dem Ende entgegen. Eine Zeit, in der Bürgerinitiativen ihre Arbeitsschwerpunkte für die 2. Jahreshälfte festlegen können, sofern das nicht längst geschehen ist. Viel liegt an – und oft weiß man nicht, welches Problem zuerst angepackt werden sollte. Der neue BBU-Newsletter versucht eine kleine Orientierung zu geben, kann aber natürlich nur einige Themen anreißen.

Viel Erfolg für die BI-Arbeit vor Ort wünscht die BBU-Newsletter-Redaktion.



BBU auf verschiedenen Messen vertreten

(H.G.) Auch im nächsten Halbjahr plant Christa Reetz wieder verschiedene Informationsstände für den BBU. Helfende Hände für Aufbau, Durchführung und Abbau sind immer auch für einzelne Tage erwünscht. Auch freut sich Christa immer alte und neue Mitglieder des BBU zu treffen. Für Absprachen ist Christa unter reetz@gmx.net zu erreichen.



Impressum:

Hrsg: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn.
 Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33
 Email: bbu-newsletter@bbu-bonn.de,
 Homepage: [www. BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)

Redaktion: Udo Buchholz (U.B.), Vorstandsmitglied;
 Harald Gülzow (H.G.) Mitglied im geschäftsführenden
 Vorstand
 Layout: Susanne Bareiß-Gülzow (S.B.)

Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich.

Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden bevorzugt veröffentlicht.

Der nächste Redaktionsschluss ist der 15. September. 08

Damit wir möglichst viele verschiedene Beiträge unterbringen können, sollen Beiträge höchstens 1800 Zeichen lang sein.

23.08. - 31.08.	HessenSchau, Darmstadt
13.09. - 21.09.	Baden-Messe 2008, Freiburg
27.09. - 05.10.	Oberrhein-Messe, Offenburg
11.10. - 19.10.	Schwäbische Woche, Göppingen
25.10. - 02.11.	Offerta, Karlsruhe
8.11. - 16.11.	Tauber-Franken-Ausstellung 2008, Bad Mergenheim

Aktiv werden ► die Energiepolitik selbst gestalten

(H.G.) Auch wenn die Politiker sich zu keiner Wende entschließen können – zu stark sind sie mit der Energiewirtschaft verbunden – können wir als Verbraucher aktiv werden und keinen Atomstrom mehr bezahlen. Der BBU schlägt daher den Wechsel zu EWS vor.

<http://www.bbu-online.de/EWS/EWS1.htm> .

Atomenergie

20. September: Europäischer Uran-Aktionstag

(U.B.) Anti-Atomkraft-Initiativen aus verschiedenen europäischen Ländern rufen dazu auf, am 20. September 2008 aktiv zu werden. Es sind engagierte Menschen und Initiativen aus Russland, Deutschland, Frankreich, Finnland etc., die anlässlich der Urankonferenz 2007 in Dortmund beschlossen haben, ein gemeinsames Zeichen gegen die mit der Uranförderung und mit der Uranverarbeitung verbundenen Gefahren für Mensch und Natur zu setzen. Geboten wird ein Rahmen für gemeinsamen Protest am 20. September.

Es soll wie folgt laufen: Jede lokale Initiative oder Gruppe wählt ihre bevorzugte Protestform aus: Egal ob Infoveranstaltung oder Straßentheater, ob direct action des zivilen Ungehorsams oder Pressekonferenz, ob Demonstration oder Zivilinspektion einer Atomanlage. Platz für neue Ideen, Spontaneität und Phantasie ist gegeben Die zahlreichen Facetten der weltweiten Uranmachenschaften der Atomlobby sollen im Fokus der gemeinsamen Proteste stehen: Uranabbau, Atomtransporte, Anreicherung, militärische Nutzung von Uran, etc. Diesem Protest soll eine internationale Dimension gegeben werden. Damit eine Übersicht über geplante Protestveranstaltungen entsteht, können Initiativen und Aktionen zum Uran-Aktionstag in ein sogenanntes „Wiki“ (<http://uranium-action-day.info>) eingetragen werden oder die Informationen können an info@uranium-action-day.info (für ÄT das @-Zeichen einfügen) geschickt werden. Vergesst bitte nicht, Ort, Uhrzeit und Kontaktdaten anzugeben. Noch ist genug Zeit, Aktionen zu planen. Wer etwas plant, sollte darüber auch die BBU-Geschäftsstelle für die gemeinsame Pressearbeit informieren. Bei Gronau (Urananreicherungsanlage) ist eine Aktion an der D-NL-Grenze geplant. Infos dazu bald unter www.aku-gronau.de.

Nach Schlamperei: Zoll stoppt Urantransport

Der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau spricht von einer absolut gefährlichen Schlamperei: Wie erst Mitte dieser Woche bekannt wurde, rollte in der letzten Woche ein um sieben Tonnen überladener Urantransport von Hamburg kommend quer durch Deutschland nach Frankreich. Das berichtete am Mittwoch die in Trier erscheinende Zeitung „Volksfreund“.

Der Zug wurde hinter der deutsch-französischen Grenze bei Apach von französischen Zollbeamten gestoppt. Ein Waggon, für den 61 Tonnen Uran zugelassen waren, war mit 68 Tonnen beladen. Bis Montag wurde der Zug in Apach „zwischenlagert“, bis das radioaktive Material umgeladen werden konnte. Der Vorfall verdeutlicht, dass ständig Urantransporte strahlend durch die Gegend rollen, die möglichst geheim gehalten werden sollen. Oft erfährt man nur zufällig von ihnen.

Nach Angaben französischer Behörden hätte der Zug überhaupt nicht in Hamburg starten dürfen. Der AKU Gronau will jetzt klären, wer für den überladenen Transport und die offensichtliche Schlamperei die Verantwortung trägt. Der Ort Apach ist bereits vor rund zehn Jahren im Zusammenhang mit einem Atomtransport bekannt geworden. Damals war dort ein Castor-Atomülltransport entgleist.

(...) Gemeinsam mit seinem Dachverband, dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V., will der AKU Gronau versuchen, die Hintergründe und Verantwortlichen dieses Urantransportes aufzudecken. Der AKU ist um eine schnelle Aufklärung bemüht, weil im westfälischen Gronau, in dem der AKU seinen Sitz hat, die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage (UAA) betrieben wird. Im Zusammenhang mit dem Betrieb dieser Anlage rollt ständig Uranhexafluorid von und nach Gronau. (Aus einer Pressemitteilung des AKU Gronau vom 14.8.08, www.aku-gronau.de).

Klimaschutz

ROBIN WOOD fordert Baustopp für Moorburg

Einen Tag bevor in Hamburg das von zahlreichen Umwelt-Initiativen und -Organisationen geplante Klimacamp eröffnet wird, fordert die Umweltorganisation ROBIN WOOD die Hamburger Umweltbehörde auf, das von Vattenfall geplante Kohlekraftwerk Moorburg nicht zu genehmigen.

Voraussichtlich bis zum 10. September wird die unter grüner Leitung stehende Umweltbehörde über den Antrag von Vattenfall endgültig entscheiden. Das Kohlekraftwerk Moorburg ist aus klimapolitischen Gründen abzulehnen. Vattenfall will in Moorburg ein Steinkohlekraftwerk mit einer Leistung von 1.600 MW errichten. Über neun Millionen Tonnen klimaschädlicher CO₂ - Emissionen pro Jahr wären die Folge. Der Stromriese Vattenfall will offenbar mit aller Macht den Anteil der klimaschädlichen Stromerzeugung ausbauen. Zusätzlich zu Moorburg baut Vattenfall derzeit ein neues Braunkohlekraftwerk mit 675 MW und jährlich rund 5 Millionen Tonnen CO₂ -Emissionen am ostdeutschen Standort Boxberg. "Eine Genehmigung für das Kohlekraftwerk in Moorburg wäre klimapolitisch eine katastrophale Entscheidung und ein schwerer Schlag für die dringend erforderliche Energiewende", so ROBIN WOOD-Aktivist Jan Becker. "Während alle vom Stromsparen und den Ausbau erneuerbarer Energie reden, setzt Vattenfall voll auf den Ausbau der klimaschädlichen Stromerzeugung auf Kohlebasis.

Selbst wenn es demnächst zur endgültigen Abschaltung des AKW Brunsbüttel kommt und das Heizkraftwerk Wedel stillgelegt wird, würde Vattenfall mit Moorburg und Boxberg seine klimaschädlichen Stromerzeugungskapazitäten um mehr als 1.000 MW gegenüber heute steigern." Kontakt und weitere Informationen: Dirk Seifert, Energiereferent ROBIN WOOD, 040-380892-21 oder 0175-5609762. (Aus einer Pressemitteilung von Robin Wood vom 14.8.08).

Buchtipp: "SONNIGE AUSSICHTEN - Wie Klimaschutz ein Gewinn für alle wird"

Das Solarzeitalter bringt erstmals die Lösung der Energieprobleme für alle Zeit. Öl, Kohle, Gas und Uran gehen allesamt bald zu Ende. Aber Sonne, Wind, Bioenergie, Meeresenergie, Wasserkraft und Erdwärme können wir noch fünf Milliarden Jahre nutzen. Doch bis jetzt tun in keinem Land der Welt Politiker und Bevölkerung genug, um die Klimakatastrophe zu verhindern. Dieses neue Buch zeigt, dass und wie wir mit der Mobilisierung des solaren Reichtums auf unserem Planeten noch das Schlimmste verhindern können. Al Gore, Friedensnobelpreisträger 2007, hat die Probleme beschrieben, wichtiger ist jetzt, dass wir uns endlich mit den Lösungen beschäftigen. Franz Alt will mit seinem Buch Lust auf Zukunft und auf ein ökologisches Wirtschaftswunder vermitteln. Die Botschaft des Jahrhunderts heißt: Der 100-prozentige Umstieg auf erneuerbare Energien ist möglich - und zwar weltweit.



Gütersloher Verlagshaus 2008
Preis: EUR 19,95
ISBN 978-3-579-06966-1

Großdemonstration gegen Block 6 E.ON die Rote Karte zeigen

Zu einer Großdemonstration am Samstag, dem 13.09.08, in unmittelbarer Nähe des E.ON Kraftwerks Staudinger rufen die Klimaallianz - ein Zusammenschluss von 99 namhaften Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Kirche, Entwicklung und Soziales - und die Bürgerinitiative Stopp Staudinger auf.

<http://stopp-staudinger.de/>

Massentierhaltung / Pestizide

Hähnchenstall-Gegner wollen klagen

Immer wieder erreichen den BBU Anfragen zum Thema Massentierhaltung. Hier zur Dokumentation ein Auszug aus einem Pressebericht in Sachen Hähnchenmast in Niedersachsen. BBU-Mitglieder, die sich auch mit dem Thema befassen, bitte in der Geschäftsstelle melden.

„Der Betreiber der Hähnchenmastanlage in Bissendorf-Linne feilt schon an den Plänen für drei weitere Ställe, da forcieren Anwohner noch den Widerstand gegen die bestehenden zwei. Nachdem der Landkreis Osnabrück nun auch formell den Widerspruch gegen die Baugenehmigung zurückgewiesen hat, bleibt den Gegnern der Klage-Weg. „Wir ziehen das durch“, gibt sich Karin Schlüter als Anwohnerin kämpferisch. Der Frau, die einige hundert Meter von der Anlage am Twasweg entfernt wohnt, stinkt das Thema im wahrsten Sinne des Wortes. Je nach Wetter- und Windlage ziehe der Gestank herüber, sagt sie. An einen entspannten Abend im Garten sei dann nicht zu denken. Das bestätigen Thomas Goertz und Benno Anneken, die wie Schlüter zu den Wortführern des Widerstandes gehören.

(...) Warum wehren sich die Anwohner so vehement gegen die Mastställe? Das sind unterschiedliche Gründe. Da ist zum einen die Ablehnung dieser Form der Massentierhaltung. Zweitens sehen sie die Wohnqualität in dem ansonsten idyllischen, ländlichen Bereich gefährdet. Drittens sorgen sie sich um negative gesundheitliche Folgen, beispielsweise durch Staub. Und: „Der große Widerstand war nur möglich, weil jemand aus dem Nachbardorf kommt und nur Ärger macht. Bei einem Landwirt aus der Gegend würden wir nichts sagen“, sagte Karin Schlüter. „Der vollständige Artikel, incl. der juristischen Möglichkeiten der Nachbarschaft, steht im Internet unter

http://www.neue-oz.de/information/noz_print/rund_um_osnabrueck/20005241.html.

Strafanzeige gegen BAYER-Vorstandmitglied Wenning

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) hat am 13. August bei der Staatsanwaltschaft Freiburg Strafanzeige gegen den Vorstandsvorsitzenden der BAYER AG, Werner Wenning, eingereicht. Der Verband wirft dem BAYER-Konzern vor, über Jahre hinweg gefährliche Pestizide verkauft und dadurch verheerende Bienensterben in aller Welt in Kauf genommen zu haben. Die CBG kooperiert mit Imkern, deren Bienen im Frühjahr durch das BAYER-Pestizid Poncho vergiftet wurden. (aus einer Pressemitteilung der CBG)

<http://www.cbgnetwork.org/2584.html>

Schmeckt's ?

Mit dem neuen Informationsblatt „Schmeckt's – Damit die Zukunft nicht im Hals stecken bleibt“ macht PAN Germany auf den Zusammenhang zwischen chemischen Pflanzenschutz, Agrobiodiversität und Ernährungsgewohnheiten aufmerksam und gibt allgemein verständliche Tipps, wie jeder von uns zum Schutz der Vielfalt beitragen kann.

Das Infoblatt findet man unter: http://www.pan-germany.org/download/biodiversitaet/infoblatt_schmeckts08.pdf



Wasser

Radioaktive Einleitungen der Atomkraftwerke belasten Weser und Ems: Tritium hat im Abwasser nichts zu suchen !

In der letzten Waterkant erschien ein informativer Artikel über das BBU-Projekt zum Tritium. Der vollständige Artikel kann unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/artikel/2008-02-21.pdf> eingesehen werden.

Uranbelastung des Trinkwassers

(S.B.) Uran ist als radioaktiver Alpha-Strahler und toxisches Schwermetall eine Gefahr für die Gesundheit. Gerade dieses doppelte Gefährdungspotential wird bislang noch oft verkannt. Schon sehr geringe Urankonzentrationen haben eine schädigende Wirkung auf die Niere. Die Verbraucherschutzorganisation Foodwatch hat eine Erhebung durchgeführt, in der 8000 amtlichen Einzeldaten aus den Bundesländern gesammelt wurden. Dabei stellte sich heraus, dass Leitungswasser in manchen Regionen Deutschlands teils deutlich stärker mit dem giftigen Schwermetall Uran belastet ist als bisher bekannt. Demzufolge liegen 150 von den Behörden gemeldete Trinkwassermesswerte über dem Richtwert des Umweltbundesamtes von 10 Mikrogramm Uran pro Liter Trinkwasser. Die Tabelle mit den Messwerten aus den verschiedenen Städten kann unter http://www.foodwatch.de/foodwatch/content/e10/e2569/e16657/e13897/e14049/FAL_foodwatch_Uranbelastung_Trinkwasser_20080327_ger.pdf eingesehen werden



Düngemittelindustrie muss Uraneinträge reduzieren

(H.G.) Zur Begrenzung des Urangehalts in Lebensmittel und Trinkwasser sowie in Futter- und Düngemitteln fordern der VSR-Gewässerschutz e.V. und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) gesetzliche Regeln. Lokale natürliche Vorkommen im Grundwasser dürfen nicht als Begründung für eine flächenhafte Belastung unseres Grundwassers mit Uran herhalten. Neben dem Uranbergbau und dem Militär verschmutzt auch die Landwirtschaft das Grundwassers mit dem radioaktiven Schwermetall Uran. Seit Mitte des letzten Jahrhunderts haben die Mengen an Uran, die durch menschliche Aktivitäten in die Umwelt gelangen, zugenommen. Somit ist auch die Gefahr erhöhter Belastungen in der Nahrungskette gestiegen.

Verantwortlich für die Uraneinträge in landwirtschaftliche Böden ist insbesondere die mineralische Phosphor-Düngung. Phosphorhaltige Mineraldünger müssen nicht zwangsweise belastet sein. Es gibt auch Abbaugebiete mit einer sehr geringen Uranbelastung in den Rohphosphaten. Auch kann dieses unerwünschte Uran in der Düngemittelindustrie entfernt werden. Doch es gibt keine Vorgaben wieviel Uran im Dünger vorhanden sein darf, so dass aus Kostengründen in der Regel eine Reduzierung der Belastung unterbleibt. So werden heute phosphathaltige Düngemittel zu 87 % aus Rohphosphaten hergestellt, die stark mit Uran angereichert sind. Im Gegensatz zur Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) fordern die Umwelt- und Verbraucherschützer strenge Grenzwerte. Es reicht nicht aus, wie von der FAL gefordert, nur den Urangehalt beim Phosphordünger anzugeben und die Entscheidung dem Landwirt zu überlassen, welchen Dünger er ausbringt und welche Uranfrachten er auf seinem Feld und für die menschliche Gesundheit toleriert.

Gekürzte Pressemitteilung des BBU, die vollständige Fassung steht auf der Homepage

Aktionen**6000 Einwendungen
Küstenautobahn A 22**

„Die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr bevorzugt auch nach Überprüfung der Einwendungen gegen die A 22 weiterhin ihre „Vorzugstrasse“ durch den Landkreis Stade. Dabei handelt es sich um die Variante Ost 2 der Küstenautobahn von der Elbquerung (A 20) bei Drochtersen über den Raum Oldendorf in Richtung Bremervörde. Das entscheidende Wort bei der Trassenentscheidung aber hat die Niedersächsische Landesvertretung in Lüneburg als Raumordnungsbehörde.

Am 26. und 27. August, so deren Referent für Raumordnung Dr. Holger Manthey, werden die Einwendungen in der Stadthalle Friedeburg in Nordenham (jeweils ab 10 Uhr) noch einmal ausführlich diskutiert. Erst danach erfolgt die „landesplanerische Feststellung“ mit der endgültigen A 22-Trasse. (...) Der Raumordnungsbehörde in Lüneburg liegen nach Mantheys Angaben 6000 Einwendungen von Privatleuten gegen die Trassenvarianten für die Küstenautobahn vor.

Der Koordinationskreis der Bürgerinitiativen gegen die A 22 ruft die Bevölkerung auf, die jetzt an Kommunen und Initiativen verteilten Unterlagen noch einmal genau zu studieren und den Initiativen Hinweise für den Erörterungstermin zu geben. Die Unterlagen sind auch im Internet zu finden: www.kuestenautobahn.info. Uwe Schmidt, Sprecher des BI-Koordinationskreises: „Auch weiterhin können sich noch Änderungen der Streckenführung ergeben.“ (...). Die A 22 soll die in Schleswig-Holstein teils fertiggestellte A 20 über den Elbtunnel als Küstenautobahn in Richtung Westerstede am anderen Weserufer verlängern. Geschätzte Kosten: 1,1 Milliarden Euro.“ Quelle und vollständiger Artikel vom 14.8.08:

<http://www.tageblatt.de/db/main.cfm?DID=1208661>.

gegen

Gemeinsam gegen Atomwaffen - Auf nach Büchel!

„Unsere Vision ist eine atomwaffenfreie Welt für unsere Kinder und Enkelkinder. Doch ein neues atomares Wettrüsten droht, denn noch immer gibt es 26.000 Atomwaffen weltweit, 20 davon lagern im deutschen Fliegerhorst Büchel in der Eifel.

Immer noch besteht die Gefahr eines Atomkrieges aus Versehen: durch einen technischen Fehler oder durch menschliches Versagen. Obwohl Atomwaffen grundsätzlich völkerrechtlich geächtet sind, werden bestehende Atomwaffenbestände nicht weiter vernichtet, sondern modernisiert. Obwohl schon die Drohung mit dem Einsatz der Atomwaffen ein Verbrechen an der Menschheit ist, wollen weitere Staaten ebenfalls Atomwaffen.

Die Kampagne „unsere zukunft - atomwaffenfrei“ – ein Zusammenschluss von 48 Organisationen, Verbänden und Initiativen - fordert alle Staaten auf, Verhandlungen über eine Konvention zur Abschaffung aller Atomwaffen weltweit sofort aufzunehmen und bis zum Jahr 2020 abzuschließen. Die Kampagne appelliert an alle Nicht-Atomwaffenstaaten atomwaffenfrei zu bleiben.

Die Kampagne „unsere zukunft - atomwaffenfrei“ fordert von der Bundesregierung bis spätestens 2010 den Abzug der 20 US-Atomwaffen aus Büchel in der Eifel zu veranlassen und den Verzicht auf den nuklearen Schirm der NATO. (...)

Darum wollen wir jetzt den öffentlichen Druck auf die Bundesregierung verstärken mit einer Großdemonstration unter dem Motto „Vor der eigenen Türe kehren“ am 30. August in Büchel.“ (Quelle und weitere Infos: http://www.atomwaffenfrei.de/vor_der_eigenen_tuere_kehren/index.html). Anm. der Newsletter-Redaktion: Büchel liegt in Rheinland-Pfalz. Infos zu Aktionen vor der Demonstration unter http://www.atomwaffenfrei.de/vor_der_eigenen_tuere_kehren/aktionen/index.html.